

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 334.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 199.

Zweite Ausgabe

Freitag, 20. Juli 1906.

Verlagsgesellschaft f. d. sächsische Provinz, Berlin, Unter den Eichen 15. Drucker: J. G. Neumann, Neudamm, Berlin.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Winterhaus. Telefon 158; Redaktion Platz 1272. Eing. G. Braunauer. Schriftleitung: L. S. Wegmann in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefon VII VI a Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 20. Juli.

\* Aus Deutsch-Ostafrika ist eine amtliche Mitteilung eingetroffen, der zufolge die Beuhigung der Eingeborenen zwar noch nicht durchgeführt ist, aber doch weitere Fortschritte gemacht hat. Nach einem Bericht des Hauptmanns Freiherrn von Wangenheim vom 29. Juni ist die Unterwerfung des Bezirks Mchenge vollständig abgeschlossen und durch fünf militärische Bataillone gesichert. Aus J. r. a. u. sind neue Meldungen nicht eingetroffen. Da die Rebellenführer bis jetzt nicht ergriffen wurden, ist der Haltung der Bevölkerung noch nicht zu trauen.

\* Gouverneur v. Puffenberger ist in dem Disziplinerverfahren, das gegen ihn schwebt, den „Saub. Nachr.“ zufolge bereits vernommen worden. Die Vernehmung erfolgte durch den Kammergerichtsrat Ströhler.

\* Die Kolonial-Affäre. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Von der Kolonialamts-Untersuchung wider Götz und Schneider mußte dieser Tage ein Gerücht eine selbstame Neuigkeit zu erfahren. Danach sollte neuerdings auch bei dem Reichstagsabgeordneten Erxberger eine Durchsuchung durch den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Schmidt, stattgefunden haben, und zwar nicht nur in der Privatwohnung, sondern auch in seinem Arbeitszimmer im Reichstagsgebäude. Letztere Untersuchung sollte nicht ohne lebhaften Protest des Reichstagsabgeordneten vor sich gegangen sein, der die von Untersuchungsrichter besitzenden Kriminalakten aus dem Saal entfernt haben sollte. Tatsächlich hat sich der Vorgang nach Erkundigung an maßgebender Stelle wesentlich anders abgepielt. Im unmittelbaren Anschluß an die gerichtliche Vernehmung Erxbergers am 10. Juli in Mosbit begab sich anschließend auf direkten Wunsch des Abgeordneten und gemeinsam mit ihm der Untersuchungsrichter Schmidt in Erxbergers Wohnung wie in das Reichstagsgebäude, wo ihm anschließend gewisse Papiere freiwillig vorgelegt werden sollten. Direktor Jungheim ließ den Untersuchungsrichter erst dann die Räume des Hauses betreten, nachdem Erxberger wie der Landgerichtsrat Schmidt eine schriftliche Erklärung abgegeben hatten, daß der Besuch des Richters auf ausdrücklichen Wunsch des Abgeordneten erfolge und daß der Untersuchungsrichter innerhalb des Hauses keine Anstößigkeit vornehmen werde. Kriminalbeamte waren bei dem Besuche überhaupt nicht zugegen.

\* Deutschland und der Tabak-Zwischenfall. Mit Bezug auf die Feststellung der „Agence Havas“, daß im französischen Ministerium des Auswärtigen eine Befestigung der Werbung der „Daily Mail“ nicht eingetroffen sei, nach der Werbung der „Daily Mail“ im einzelnen geschiederten militärischen Vorgehen in der Türkei während des Tabak-Zwischenfalls die Hand im Spiele gehabt haben sollte, schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Es ist erreglich, daß der ungläubigsten neuesten Speerei der „Daily Mail“ von französischer Seite so prompt ein Dementi entgegengebracht wird. Wir können der Mitteilung der „Agence Havas“ noch hinzufügen, daß an keiner unabhängigen Stelle in Deutschland über die Expedition, von der die „Daily Mail“ abtalkt, das Geringste bekannt ist. Angesichts des französischen Widerspruches wird die „Daily Mail“ ihre reiche Erfindungsgabe von neuen anstrengen müssen, um Deutschland bei anderen Nationen zu verächtlichen.

\* Seine Majestät der Kaiser arbeitete am Mittwoch nachmittags allein und machte sodann einen Spaziergang in die Umgebung von Drontheim. Donnerstag morgen hörte der Monarch die Vorträge des Kriegsministers, des Vertreters des Auswärtigen Amtes und des Chefs des Marine-Kabinetts und begab sich alsdann mit einem Teile des Gefolges zum Frühstück zum königlichen Jensein. Weiter gut.

Aus dem Leben des Evangelischen Bundes. Daß der wachsende Evangelische Bund mit seinen 2000 Vereinen erfreuliche Zeugnisse lebendiger Beteiligung geben kann, hat der letztvergangene Monat bewiesen. Vom 5. bis 8. Juni fanden, so schreibt die „D. E. Z.“, nicht weniger als acht große Hauptversammlungen statt in den acht Hauptvereinen: Ostpreußen, Posen, Brandenburg, Hessen, Westfalen, Kammern, Hannover, Rheinland und Elbe. Welch eine Mannigfaltigkeit und doch Einstimmigkeit zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen! Vom lieblichen D. E. Z. in Ostpreußen, das mit seinen waldumrankten Seen vielen Ostpreußen aus allen Ständen gute Verträge bot, bis zu dem gästlichen Ruuman in Elbe, wo die Schären in solchen Mengen, teilweise in Landesrat, auf festlich geschmückten Wegen zur ersten Bundesversammlung zusammengeführt waren, daß den Rednern der Eintritt in den Saal unmöglich war und eine Verkagung der Hauptversammlung in die gewöhnliche Kirche notwendig wurde! Nebenbei war die Beteiligung der Bevölkerung außerordentlich groß, überall konnte von bedeutenden Fortschritten in der Organisation berichtet werden; namentlich Hauptvereine, die auf schwermütigen Boden Jahrzehnte lang kein reines Wachstum zeigten wollten, wie Posen, Elbe und

Kommern, berieten jetzt von einem Kranz blühender Zweigvereine. Unter dem Druck der politischen Minderheitserschaft des Merkantilismus scheint auch der Protestantismus endlich zu neuer lebendiger Regsamkeit, zur Selbstbestimmung auf seine reichen Kräfte, zur Überwindung der lähmenden Gleichgültigkeit, zur erfrischenden Kraftentfaltung in hitferreinen Gemeinsein zu erfahren. Die Wahrung deutsch-protestantischer Interessen findet ein lebhaftes Echo namentlich in den breiten Schichten des Volkes, der Bund ist ein Volksbund! Die Beteiligung der offiziellen Kirche kam aber auch durch überfüllte Gemeindegottesdienste und durch Begründung des Kirchenregimentes zu einem erfreulichen Ausdruck. Besonders in Ostpreußen, Kammern, Hessen, Elbe, aber auch in Westfalen und Brandenburg waren die anerkennenden und ermunternden Worte der Vertreter des Kirchenregimentes ein guter Beweis für die Einschätzung der Bedeutung des Bundes, und es fehlten, so weit wir sehen, bedeutende Grüne der kirchlichen Behörden nirgendwo.

Die behandelten Thematika auf den Versammlungen, sowohl in den alten, mit wuchtigen Häusern auftretenden Vereinen in Rheinland und Westfalen, als auch in den übrigen Landen machten den Vortragsgegenstand, daß der Bund sein hauptsächlichstes Betätigungsfeld in der Kritik einer anderen Konfession suche. So sehr auch die Uebergriffe des anpruchsvollen Ultramontanismus zur Abwehr nötigten, so war es doch die Freude am gemeinsamen Besitz der weltbetreffenden Güter der Reformation, die den Grundton der Versammlungen schuf. Da sprach man unter anderem in Ostpreußen über die Hauptaufgaben des Protestantismus, in Westfalen über die Triebkräfte im Protestantismus, im Kammern über Protestantismus und Erziehung, im Rheinland über die Fragen: Der evangelische Christ und seine Kirche, der evangelische Christ und das bürgerliche Leben, der evangelische Christ und seine Familie, in Posen über Grundlinien zur Betätigung des Bundes im öffentlichen Leben, in Hessen über die Bedenken gegen den Evangelischen Bund, in Brandenburg über evangelische Varietätsforderungen, im Elbe über die gegenwärtige Lage und Aufgabe des Protestantismus. Wir können nur einiges auszusagen erwähnen, aber wir dürfen sagen: Da sah man manches Auge leuchten und Herzen hören man manches Herz unter dem begeisterten Worte hervorragender Redner. Da wurden Stimmungsberichte gegeben, die einmal zu Wachtworten sich umwandeln mußten zum Geist unseres Vaterlandes. Den Hauptinhalt ergaben die Tagungen durch die geschlossenen Abgeordnetenversammlungen, wo gründliche Arbeit zur Klärung und Erreichung der Ziele und Mittel getan und manche bedeutsame Fundamente über wichtige Tagesfragen beschlossen wurden. Der Bericht vorstand war bei fast sämtlichen Versammlungen vertreten. In Ostpreußen, Posen, Kammern, Hessen, Darmstadt, Rheinland und Elbe wohnte der Direktor und geschäftsführende Vorsitzende Lie. Eberling aus Halle a. S. den Verhandlungen bei, und es gelang durch die persönliche Vertretung der Anführungen und Seele des Gesamtverbandes, bei aller Anerkennung der berechtigten Eigentümlichkeiten der verschiedenen Landesvereinigungen doch die einheitliche Gesinnung neu zu wecken und den gemeinsamen Arbeitsplan zu vertiefen. Nimmt man noch hinzu, daß am 7. Juni in Westpreußen anstelle einer Hauptversammlung zur Vorbereitung der diesjährigen Generalversammlung in Graudenz vom 7. bis 11. Oktober eine inaltreue Sitzung des westpreussischen Vorstandes mit dem großen Festausgang stattfand, so wird man den Eindruck erhalten, daß das Leben des Bundes aller Anfeindung und Verneinung zum Trotz sich erfolgreich entfaltet, und daß der Evangelische Bund bei treuer, zäher Ausdauer die Verwirklichung hat, auch für das öffentliche Leben in der scheinbaren Erfolglosigkeit seine Ergebnisse vorzubereiten.

\* Reichstagswahlwahl im Wahlkreis Hagen-Schwelm. Bis 10 Uhr am Donnerstagabend waren gewählt für König (Nationalliberal) 16 923, für Cuno (freiwirtschaftliche Volkspartei) 11 408, für Berger (Zentrum) 5069, für Widenhamer (Nationalliberal) 4500 und für Mann (christlich-sozial) 2157 Stimmen. Somit wäre Stichwahl zwischen König und Cuno erforderlich.

\* Der Vorkurs „offizieller Gesetzeskassett“, den, wie gemeldet, die „Freiwirtschaftliche Zeitung“ erhoben hatte, bezieht sich auf § 3 des Brauereiergesetzes. Nach der vom Reichstage beschlossenen Fassung hieß der Paragraph: „Die Steuer beträgt für jeden Doppelzentner des Gesamtgewichts der in einem Rechnungsjahre steuerpflichtig gewordenen Braustoffe fünfzehn Pfennig.“ Im Reichsgesetzlich steht folgender Wortlaut: „Die Steuer beträgt für jeden Doppelzentner des Gesamtgewichts der in einem Brauereibetrieb innerhalb eines Rechnungsjahres steuerpflichtig gewordenen Braustoffe fünfzehn Pfennig.“ Der „Freiwirtschaftliche Zeitung“ wird dazu bemerkt:

Durch Artikel 3 des Gesetzes wird der Reichsanwalt zur endgültigen Redaktion des Gesetzes ermächtigt. Jeder Umänderung wird auf den ersten Blick ersehen, daß es sich bei der im Reichsgesetzlich festgelegten Steuer um eine Abwertung handelt, die fastlich ganz belandlos ist. Ruben sind die einseitigen

Worte früher nur infolge eines Zunderüberschusses weggeblieben. Für die Aufklärung des Gesetzes ist es absolut gleichgültig, ob die eingetragenen Worte im Gesetz stehen oder nicht, die machen keinen Sinn nur Harer. Aus solcher Müde einen verfassungswidrigen Gesetzen zu machen, zeigt, daß wir uns schon bedenklich der Position der sauren Gurken nähern.“

\* Die Heidelberger Schloßfrage. Die Erste badische Kammer beschäftigte sich am 19. cr. mit der Heidelberger Schloßfrage und nahm mit allen gegen zwei Stimmen den Antrag der Kommission an, die Forderung im Budget abzulehnen und die Regierung zu eruchen, alles zu tun, um den Otto Heinrichsbau in seiner jetzigen Gestalt zu erhalten. Finanzminister Weder erklärte, daß die Regierung sich den Beschlüssen des Landtages füge, aber an ihrem grundsätzlichen Standpunkte festhalten werde; er könne nur wiederholen, daß zur Erhaltung des Otto Heinrichsbau das Abtragen und Wiederaufbauen das beste Verfahren sei.

\* Vernehmung zum Studium der Theologie. Der badische Oberkonsulent hat nach einer Mitteilung den Entschluß gefaßt, die Abiturienten der Realgymnasien und Lizealstudien zum Studium der Theologie zuzulassen.

Eine Art Generalversammlung des Sotolums hat der Hauptvertreter des Verbandes der Sotolumvereine Deutschlands, Kaufmann von Aspekt in Posen, im Auftrag des Reichstages jüngsten Tagungs in Posen, vorgenommen. Mit Rücksicht auf die nach ihm, so schreibt die „Berliner Vol. Post“, die Entsendung des sächsischen Sotolums vor sich gegangen. Dort sind bereits 600 Vereine mit 70 000 Mitgliedern vorhanden. Auch 20 000 Frauen gehören den Vereinen als Mitglieder an. Die Sotolumbewegung hat dort eine nationale Bewegung zu Wege gebracht, die sich auf sächsische Universitäten und Bildungsanstalten, sächsische Geldinstitute, Theater usw., auf hundert sächsische Abgeordnete im Reichstag und eine Gesamtversammlung dieses Landes laun noch möglich erscheinen läßt. Die Stadt Posen ist heute fast ausschließlich sächsisch; von 80 Stadtbewohnern sind 70 Sächsisch. Das sächsische Sotolum hat es bereits an 40 Vereine gebracht. Die 140 sächsischen Sotolumvereine haben 18 000 Mitglieder. Unter ihrem Kommando stehen aus 15 000 Lehrlinge. Bald wird das sächsische Sotolum, so meint Aspekt, das von der dortigen Regierung unterstützt wird, dieselbe Macht erlangen haben, wie die sächsischen Sotolumvereine. Auch in Amerika habe man anerkannt, daß die besten politischen Patrioten in den Sotolumvereinen herangebildet würden. Dort tragen die Sotolums an den amerikanischen Soldatenhöfen offen die politische Mafarbe. In Amerika bestehen 30 politische Zentren, davon jedes allein in Washington. Die dortigen Vereine nennen sich noch Sotolumvereine, aber die meisten, wie die Sotolums, sind bereits in die Sotolumvereine umgewandelt. Den größten Zuwachs hat das russische Sotolum in Posen, besonders in den an der Ostsee gelegenen Industriestädten Lodz, Gnesnowitz usw.

Der Verband der Sotolumvereine Deutschlands zählt gegenwärtig 14 Vereine mit 7000 Mitgliedern. Was das politische Potential von ihnen erwartet? Aspekt faßt darüber: Die Sotolums haben sich zur Aufgabe gemacht, das politische Leben und Schreiben zu pflegen, politische Literatur und Gesandte zu treiben, den politischen Handel und die politische Industrie zu unterstützen. Die Sotolums haben die Pflicht, die politischen Verhältnisse richtig zu verstehen und sie gegen das Sotolum zu befeuern. Was dem eigentlichen Zweck der Sotolumvereine, der Pflege des Turnens, die anfänglich als der Inhalt ihrer Bestrebungen hingestellt wurde, ist also nicht mit einem W. r. d. n. mehr die Rede. Der sächsische Vorstand, mit dem die Sotolums einverstanden sind, die deutschen Wähler in Sotolumvereine zu bringen, hat seine Schwächen nicht gegen das Sotolum genügend erkannt. Nunmehr braucht man nicht mehr in weitem Ziele und Absichten nicht mehr hinter dem Berge zu halten.

Wenn Aspekt in seinen Schlußworten erklärte, es sei erreglich, daß ein großer Teil der politischen Öffentlichkeit den Wert des Sotolums verneint und dessen Bestrebungen unterdrückt, obgleich ihr das beherrschende Verbot verboten sei, wenn er seiner der Ansicht Ausdruck gibt, daß das sächsische Sotolum die politische Bewegung bedeute, daß nur durch das Sotolum das sächsische politische Potential erreicht werden könne, so hindert die ersten Gefahren, die das Sotolum von dieser Seite her bedrohen, zur Genüge geteilt.

Schäden durch Bergwerke. Die Geltendmachung der Schadenerschaftsprämissen wegen der aus dem Bergwerksbetriebe entstehenden Beschädigungen des Bergbaugewerks steht vorans, daß das sächsische Bergwerk sich gegen den Bergbau über eine Bergwerksversicherung und Bergwerksversicherung befindet. Da also ein Bergwerksbesitzer auf das Bergwerk versichert, oder ist ihm das Bergwerkseigentum entzogen, oder hat sich eine Gemeinschaft oder eine Aktiengesellschaft, die ein Bergwerk betreiben hat, aufgelöst, so kann der geschädigte Bergwerksbesitzer Ertrag seines Schadens nicht mehr erlangen. Das gleiche wird der Fall sein, wenn ein Bergwerksbesitzer, wenn der angelegte Schaden den Wert des Bergwerkseigentums übersteigt, oder wenn der Eigentümer eines aufgegebenen Bergwerks nicht mehr zu ermitteln ist. Da nur der Bergwerksbesitzer wegen der Beschädigung in Anspruch genommen werden kann, darüber beruht in Theorie und Praxis volle Verantwortung. Dem Bergwerksbesitzer, der sein Eigentum gegen schädliche Schäden schützen will, stehen mannigfache Möglichkeiten zu Gebote: die Vorkerbung, der Arrest, die einstweilige Verfügung und die Feststellungsklage. Wenn aber die Eigentümer von Grund und Boden auf der Suche nach weiteren Beschädigungen auf das Mittel der Sicherstellung verlassen sind, und dem Bergwerksbesitzer die Stellung eines einseitigen Schuldners auferlegt werden, so stehen solchen Forderungen doch sehr erhebliche Bedenken





